



KOMMENTAR

Florian Haun
fhaun@bezirksblaetter.com

Deponiezufahrt durch's Wohngebiet?

Hätten Sie gerne den Schwerverkehr direkt vor Ihrer Haustüre? Diese Frage würde wohl der Großteil der Bevölkerung mit Nein beantworten, denn niemand nimmt eine massive Einschränkung der Lebensqualität so einfach hin. In der Gemeinde Wiesing schmieden ein Fuhrunternehmer sowie ein Landwirt Pläne für eine Aushubdeponie, welche auf 20 Jahre genehmigt werden soll. Die Zufahrt soll durch dicht besiedeltes Wohngebiet führen und alleine das Ansuchen für dieses Projekt ist, gelinde gesagt, eine Frechheit. Eine massive Belastung der Bevölkerung sowie der Umwelt in Kombination mit einem erhöhten Sicherheitsrisiko (Stichwort Schulweg) sind starke Argumente gegen dieses Projekt. Dass der gesamte Gemeinderat sowie die Wiesinger Bevölkerung ebenfalls dagegen sind, erhöht den Druck auf die Behörde (BH), diesem Ansinnen nicht stattzugeben. Auch, wenn man dem Betreiber den Deponiezins hundert Mal vergönnt, so ein Projekt gegen den Willen der Bevölkerung zuzulassen, ist ein Fehler.

Deponiepläne für Weiler Astenberg

Wiesing: Pläne für eine Bodenaushubdeponie auf 20 Jahre stoßen auf massiven Widerstand.

WIESING (fh). Bei dieser Geschichte werden sofort Erinnerungen wach, denn im April 2019 wurden in der Gemeinde Hart i. Z. die Pläne für eine Aushubdeponie veröffentlicht. Das Besondere an der Sache war, dass die Zufahrt zu besagter Deponie über eine einspurige Bergstraße führt und die dortigen Anrainer massiv belastet. In der Gemeinde Wiesing plant man nun ebenfalls eine Bodenaushubdeponie im Ausmaß von 95.000 Kubikmetern auf 3,5 Hektar Land, welche auf 20 Jahre genehmigt werden soll. Die sogenannte Rofansiedlung wäre von diesem Projekt massiv betroffen, da



Für den Weiler „Astenberg“ gibt es Deponiepläne. Die Gemeinde inkl. Bgm. Aschberger ist schwer dagegen.

Fotos:Haun/Archiv

der gesamte Schwerverkehr im Zeitraum von Montag bis Freitag von 07:00h bis 18:00h und am Samstag von 07:00h bis 12:00h durch die Siedlung hin- und retourfahren würde. Das Genehmigungsverfahren für die Deponie wird nach dem vereinfachten Verfahren nach § 50 Abfallwirtschaftsgesetz genehmigt, da es in diesem Fall

keine Verhandlung vor Ort geben wird.

Widerstand regt sich

Im dichten Wohngebiet der Rofansiedlung regt sich jedoch massiver Widerstand und das Schreiben eines Anrainers sorgt unter der Bevölkerung für Aufklärung und hat bereits zahlreiche Ungereimtheiten im



Die Zufahrt würde durch besiedeltes Gebiet führen.

Zusammenhang mit dem Antrag aufgedeckt. Betreiber der Deponie wäre das Unternehmen Kruselburger aus Münter (ein Unternehmen „Erdbau Kruselburger“ existiert, laut Firmenbuch, nicht) und ein am Astenberg ansässiger Landwirt würde die Fläche dafür zur Verfügung stellen und in weiterer Folge eine finanzielle Entschä-

digung erhalten. Auf Anfrage der BEZIRKSBLÄTTER-Redaktion bei Bürgermeister Alois Aschberger erklärt selbiger: „Wir sind massiv gegen dieses Projekt und ich denke auch, dass wir im Gemeinderat hier einen einstimmigen Beschluss dagegen zusammenbringen werden. Aufgrund der Gesetzeslage ist der Einfluss der Gemeinde hier leider beschränkt und es ist kein einfaches Unterfangen, so ein Projekt zu verhindern. Das Problem ist die Zufahrt, welche allein schon in der Projektbeschreibung falsch eingezeichnet ist. Es ist der Bevölkerung nicht zuzumuten, dass hier über 20 Jahre der Schwerverkehr durch das Dorf bzw. die Rofansiedlung donnert. Wir sind dabei, hier alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen und werden diese auch ausschöpfen“, findet Bgm. Alois Aschberger klare Worte.

Auch Gemeinderätin Maria Chelucci spricht sich klar gegen das Projekt aus: „Dass die Mitsprache der Gemeinde in so einem Verfahren so begrenzt ist, ist meiner Ansicht nach ein Affront gegen die Bevölkerung. Wir werden hier alles genauestens prüfen und hoffen auf Einsicht der Behörde, dass dieses Projekt absolut keinen Sinn macht“.

Behörde am Zug

Bei der BH Schwaz dürften bereits zahlreiche Stellungnahmen im Bezug auf die Deponie eingegangen sein. Da es sich entlang der Zufahrtsstraße um besiedeltes Wohngebiet handelt, haben alle Anwohner in dem Verfahren Parteistellung. Der Ball liegt nun bei der Behörde und in der Gemeinde Wiesing wird mit Spannung erwartet, wie die Entscheidung ausfallen wird.